

## **FRAGEN**

**für die Fragestunde in der 34. Sitzung des Landtages  
am Donnerstag, dem 31. Januar 2008**

### **Verzeichnis der Fragenden**

<b>Abgeordnete(r)</b>	<b>Nummer der Frage</b>
Bluhm, Andreas (DIE LINKE)	19, 20
Gramkow, Angelika (DIE LINKE)	8, 9
Holter, Helmut (DIE LINKE)	11
Lück, Regine (DIE LINKE)	27
Ritter, Peter (DIE LINKE)	21, 22
Schwebs, Birgit (DIE LINKE)	23, 24
Prof. Dr. Tack, Fritz (DIE LINKE)	16, 17
Leonhard, Gino (FDP)	25, 26
Roof, Michael (FDP)	1, 12
Schnur, Toralf (FDP)	2, 13
Andrejewski, Michael (NPD)	14, 15
Borrmann, Raimund (NPD)	18, 28
Köster, Stefan (NPD)	7, 10
Lüssow, Birger (NPD)	29, 30
Müller, Tino (NPD)	3, 4
Pastörs, Udo (NPD)	5, 6

## **Fragen nach Geschäftsbereichen der Landesregierung**

### **Geschäftsbereich des Innenministers**

Frage-Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6

### **Geschäftsbereich der Justizministerin**

Frage-Nr. 7

### **Geschäftsbereich der Finanzministerin**

Frage-Nr. 8, 9, 10

### **Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus**

Frage-Nr. 11, 12, 13, 14, 15

### **Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz**

Frage-Nr. 16, 17, 18

### **Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

Frage-Nr. 19, 20

### **Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung**

Frage-Nr. 21, 22, 23, 24, 25, 26

### **Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit**

Frage-Nr. 27, 28, 29, 30

## Geschäftsbereich des Innenministers

Abgeordneter  
**Michael Roolf**  
(FDP)

1. Laut aktuellen Presseverlautbarungen beklagte sich die Bürgermeisterin der Hansestadt Wismar, Frau Rosemarie Wilcken, über die fehlende Beteiligung der kreisfreien Städte am Diskussionsprozess über die Gebietsreform des Landes. Innenminister Lorenz Caffier gibt dagegen an, es habe eine Möglichkeit der Stellungnahme gegeben.

Welche Möglichkeit einer Stellungnahme haben die Vertreter der kreisfreien Städte gehabt und wie erklärt sich insoweit der Widerspruch zwischen den Aussagen der Bürgermeisterin von Wismar und dem Innenminister?

Abgeordneter  
**Toralf Schnur**  
(FDP)

2. Im Rahmen der Haushaltsplanungen für das laufende Haushaltsjahr 2008 wird in vielen Landkreisen im Zusammenhang mit der Erhebung der Kreisumlage gegenüber den Mitgliedern der Kreistage stetig ein prozentualer Wert für die Kreisumlage angegeben. Ein Vergleich dieses Wertes mit anderen Landkreisen soll dann häufig als Rechtfertigung für die Veränderung der entsprechenden Kreisumlage dienen.

Ist die Erhebung der Kreisumlage in einem Landkreis, anhand eines durch Beschluss festgesetzten Prozentsatzes, nicht letztlich ein Verstoß gegen die kommunale Selbstverwaltung der kreisangehörigen Gemeinden und damit verfassungsrechtlich bedenklich?

Abgeordneter  
**Tino Müller**  
(NPD)

Laut Medienberichten steht die Ferdinandshofer Wohnungsgesellschaft kurz vor einem Verkauf.

3. Welche Informationen liegen der Landesregierung über den derzeitigen Stand des Verkaufes vor und wie lauten die konkreten Angebote der Kaufinteressenten?
4. Welche Sicherheiten in Bezug auf Mieterhöhungen und eventuelle Kündigungen bestehen für die Mieter nach einem Verkauf und für wie lange sind entsprechende Regelungen festgeschrieben?

Abgeordneter  
**Udo Pastörs**  
(NPD)

5. Wie allgemein bekannt sein dürfte, will die Landesregierung die Direktwahl von Landräten oder Bürgermeistern, welche Mitglied der NPD sind, mit allen erdenklichen Mitteln verhindern.

Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Landesregierung die Kandidatur des Landtagsabgeordneten und Rechtsanwaltes, Michael Andrejewski, zum Landrat des Kreises Ostvorpommern verhindern?

6. Gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat lediglich das Bundesverfassungsgericht das Recht, die Verfassungswidrigkeit einer Partei festzustellen.

Inwieweit ist die Landesregierung bereit, das diesbezügliche Monopolrecht des Bundesverfassungsgerichts zu akzeptieren?

### **Geschäftsbereich der Justizministerin**

Abgeordneter  
**Stefan Köster**  
(NPD)

7. Laut einer Mitteilung der Nachrichtenseite „mvregio.de“ vom 30.12.2007 will die Justizministerin „der von der NPD veranstalteten Sozialberatung eigene bürgernahe Angebote der Justiz entgegensetzen. Auch bei einfachen Rechtsfragen etwa zu einem Behördenbescheid sollen Bürger dort Hilfe finden.“ Über die Ursachen der möglichen Einführung wird die Justizministerin wie folgt zitiert:  
„Wie können wir Rechtsberatung anbieten für Leute, die sonst zu Herrn Andrejewski gehen, sei es mit Hartz-Bescheiden, die sie nicht verstehen oder auch anderen Problemen?“

Wie sieht konkret das durch die Justizministerin angekündigte Konzept der Sozialberatung der Landesregierung aus (Beginn, welche Kosten entstehen dem Bürger usw. usf.)?

## Geschäftsbereich der Finanzministerin

Abgeordnete  
**Angelika Gramkow**  
(DIE LINKE)

In seiner Beschlussempfehlung zum Einmalzahlungsgesetz 2006/2007 auf Drucksache 5/506 hat der Landtag Folgendes beschlossen: „Die Landesregierung wird ersucht, rechtzeitig einen Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung im Jahre 2008 vorzulegen.“

8. Wann wird die Landesregierung dem Parlament ein entsprechendes Gesetz zur Anpassung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten der Landesverwaltung vorlegen?
9. Geht die Landesregierung in diesem Zusammenhang davon aus, dass eine lineare Besoldungserhöhung in Höhe von 2,9 Prozent erfolgt und diese zum 1. Mai 2008 wirksam werden kann?

Abgeordneter  
**Stefan Köster**  
(NPD)

10. Wie sehr deutsche Banken und Kreditinstitute in riskante Geschäfte verwickelt sind, zeigt nicht zuletzt der Niedergang der Landesbank Sachsen. Leidtragende dieser unverantwortlichen Geschäfte sind aber nicht die Manager, die oftmals mit einer satten Pension in den Ruhestand verabschiedet werden, sondern die Bürger. Besonders gravierende Folgen müssen immer mehr Menschen erfahren, deren Hausfinanzierungskredit an sogenannte Hedgefonds verschleudert wird. Denn beim Darlehensverkauf ist die als Sicherheit für die Bank eingeräumte Grundschuld nicht mehr an das Darlehen gebunden. Durch die Rechtslücke betreiben die Kredit-Aufkäufer oftmals Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in Höhe der Grundschuld und nicht in Höhe des Darlehens.

Welche Maßnahmen, auch auf Bundesratsebene, hat die Landesregierung eingeleitet, um die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns vor diesen dubiosen Praktiken zu schützen?

**Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus**

Abgeordneter  
**Helmut Holter**  
(DIE LINKE)

11. Wie ist der aktuelle Kenntnisstand der Landesregierung zum Insolvenzverfahren des CD-Werks in Dassow, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen zur Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze?

Abgeordneter  
**Michael Roolf**  
(FDP)

12. Im Jahre 2008 und 2009 wird die Landesregierung nach eigenen Angaben den kommunalen Kombilohn mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds unterstützen.

Aus welcher Förderperiode und welchem Bereich der ESF-Mittel wird die Unterstützung des Landes beim kommunalen Kombilohn gespeist und inwieweit ist diese Ausgabe im Doppelhaushalt 2008/2009 ausgewiesen?

Abgeordneter  
**Toralf Schnur**  
(FDP)

13. Im Rahmen der Diskussionen in der Stadt Waren (Müritz) um eine Diskothek erklärte die heutige Landrätin und damalige Kandidatin der CDU zur Landratswahl im Landkreis Müritz am 02.02.2007 in der Müritz-Zeitung: „Da heute leider fast kein Bauvorhaben dieser Größenordnung ohne Fördergelder realisiert werden kann, habe ich bereits erste Erfolg versprechende Gespräche mit einem möglichen Investor und verschiedenen Ministerien in Schwerin geführt“.

Gibt es bis heute eine mündliche oder schriftliche Zusage an die Landrätin oder gegebenenfalls Erklärung bzw. Abstimmung mit der Landrätin des Landkreises Müritz zur Förderung einer Diskothek in der Stadt Waren (Müritz) durch das Land Mecklenburg-Vorpommern?

Abgeordneter  
**Michael Andrejewski**  
(NPD)

In den vergangenen Monaten kam es in mehreren Bundesländern zu schweren Havarien bei Windrädern. Rotorblätter zerbrachen, worauf Trümmerteile dicht neben Straßen einschlugen. Windmühlen knickten ab oder gingen aufgrund von Defekten in Flammen auf.

14. In welchem Ausmaß haben sich in Mecklenburg-Vorpommern Ereignisse mit Gefahrenpotenzial in Windparks abgespielt?
15. In welcher Weise werden in Mecklenburg-Vorpommern Windräder der Bauart, die sich durch die beschriebenen Unfälle als labile Konstruktionen erwiesen, auf ihre Gefährlichkeit hin überprüft?

**Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz**

Abgeordneter  
**Prof. Dr. Fritz Tack**  
(DIE LINKE)

Aus aktuellen Medienberichten war zu erfahren, dass die Lage der klein- und mittelständischen Biodieselhersteller durch die erneute Anhebung der Besteuerung von Biodiesel und infolge der Zwangsbeimischung als sehr kritisch beurteilt wird und dass mit Insolvenzen der Betreiber zu rechnen sei.

16. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige wirtschaftliche Situation und die Perspektiven der Biodiesel- und Pflanzenölhersteller im Lande unter Beachtung der erneuten Steueranhebung 2008?
17. Wie beurteilt die Landesregierung den wirtschaftlichen und politischen Schaden der dem Land in Bezug auf Arbeitsplatzabbau, verlorene Fördermittel sowie durch verlorenes Vertrauen der Landwirte, um in Zukunftstechnologien zu investieren und damit Wertschöpfungspotenziale im ländlichen Raum zu schaffen, entsteht?

Abgeordneter  
**Raimund Borrmann**  
(NPD)

18. Die Überfischung der Ostsee, insbesondere der Dorschbestände, durch Fischer der Republik Polen war bereits in den letzten Monaten mehrfach Gegenstand der Erörterung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern.

Welche Maßnahmen hat die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern bislang unternommen, um dem Zustand der Überfischung ein Ende zu setzen und damit die Existenz der deutschen Fischer zu sichern?

**Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur**

Abgeordneter  
**Andreas Blum**  
(DIE LINKE)

Auf Antrag der Fraktion der CDU hat der Landtag am 12. Mai 2004 beschlossen, dass „Die Landesregierung ..., zweimal jährlich, zum Schuljahresbeginn bei gleichzeitiger Reflexion auf das abgelaufene Schuljahr sowie zum Halbjahr, an den Landtag einen Bericht über den Stand der Unterrichtsversorgung im Land zu geben.“ hat (Drucksache 4/1189 vom 30.04.2004). Die letzte Unterrichtung des Landtages erfolgte am 09.05.2006 (Drucksache 4/2258).

19. Warum wurden in der gegenwärtigen Legislaturperiode dem Landtag keine Unterrichtungen zum geltenden Beschluss des Landtages zugeleitet?
20. Wann sollen die ausstehenden Unterrichtungen dem Landtag zugeleitet werden?

**Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung**

Abgeordneter  
**Peter Ritter**  
(DIE LINKE)

Seit dem Verkauf des Flughafens Schwerin/Parchim an den chinesischen Investor LinkGlobal Logistics gibt es unterschiedliche Angaben in der Presse zur Entwicklung der Flugbewegungen und zum Frachtaufkommen.

21. Wie viele Starts und Landungen von Fracht- und Passagierflugzeugen haben seit der Übernahme des Flughafens stattgefunden und wie hat sich das Fracht- und Passagieraufkommen entwickelt?
22. Wird der Flughafen Schwerin/Parchim zur logistischen Unterstützung der Bundeswehr oder anderer NATO-Armeen für Friedensmissionen, Kampfeinsätze oder andere Auslandsmissionen genutzt?

Abgeordnete  
**Birgit Schwebs**  
(DIE LINKE)

In Medienberichten war zu erfahren, dass durch die konkurrierenden Unternehmen Concord Power und Wingas vorgesehen ist, zwei Pipelines, die ca. 200 km fast parallel laufen, von Lubmin in Richtung Süden zu verlegen.

Dabei wird u. a. die Moorlandschaft im Peenetal zweimal verletzt, obwohl eine Leitung, den Medienberichten nach, durchaus die Kapazität hätte, um ausreichend Gas in Richtung Süden zu transportieren.

23. Sieht die Landesregierung naturschutzrechtliche und landesplanerische Hinderungsgründe für die Genehmigung von zwei Trassen, statt bisher einer, für die Weiterleitung des Erdgases auf der Strecke von Lubmin nach Berlin, wenn ja, welche?
24. Wie hoch wäre der gesamte zusätzliche Flächenverbrauch in Mecklenburg-Vorpommern durch eine mögliche Genehmigung einer zweiten Trasse?

Abgeordneter  
**Gino Leonhard**  
(FDP)

Seit der Vollsperrung der Brücke bei Sagard sind ortsansässige Unternehmen, wie z. B. Speditions-, Dienstleistungs- und Versorgungsunternehmen sowie die Tankstelle Sagard, in ihrer Existenz bedroht. Kündigungen sind die Folge, so keine Änderungen eintreten. Der zeitliche Mehraufwand durch die Umleitung über Mukran von bis zu 45 min. belastet nicht nur Unternehmen, sondern auch den Personen- und Schülertransport mit erheblichen und unkalkulierbaren Mehrkosten, bei der Firma Rügenrecycling belaufen sich diese bis zum Jahr 2009 auf 750.000 €. Bestehende Fahrgemeinschaften und Pendlerbewegungen mussten zum Teil aufgelöst werden. Die Kaufkraft in Sagard, aber auch in Sassnitz wird erheblich geschwächt.

25. Welche Ursachen begründen es, dass die gerade vor 2 bis 3 Jahren grundsanierte Brücke gesperrt werden musste?
26. Wer trägt die Mehrkosten für den Imageschaden des Tourismusstandortes, der daraus resultierenden Umsatzeinbrüche in der Branche und wie sieht es mit der Kostenübernahme des Staumanagements in diesem Bereich aus?

**Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit**

Abgeordnete  
**Regine Lück**  
(DIE LINKE)

27. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 20.12.2007, das besagt, dass die Pflicht der Kreise zur Aufgabenübertragung der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (Grundsicherung für Arbeitsuchende) auf die Arbeitsgemeinschaften sowie die einheitliche Aufgabenwahrnehmung von kommunalen Trägern und der Bundesagentur für Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften verfassungswidrig sind?

Abgeordneter  
**Raimund Borrman**  
(NPD)

28. Die Firma BASF hat eine experimentelle Freisetzungsgenehmigung für die gentechnisch veränderte Kartoffelsorte „Amflora“ beantragt, damit der Konzern diese auf Felder bringen kann. Die zuständige Bundesbehörde bewilligte BASF im vergangenen Frühjahr den Anbau von „Amflora“ auf bundesweit zehn Standorten, davon zwei in Mecklenburg-Vorpommern. Bis 2011 darf der Konzern auf jedem Standort bis zu 45.000 Knollen ausbringen. Ein Umweltschützer aus Mecklenburg-Vorpommern vom BUND, war erst kürzlich über Äcker in Zepkow (Müritzkreis) und in Hohenmocker (Landkreis Demmin) gewandert, wo 2007 die „Amflora“ angebaut wurde. Dieser hatte nach Medienberichten allein von zwei Feldern über zehn Kilogramm der Gen-Knollen ohne große Mühe „geerntet“. Ende des vergangenen Jahres gaben die Genkritiker diese beim Ministerium für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern ab, das zusammen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz für die Kontrolle der Testfelder in Zepkow und Hohenmocker zuständig ist. Sie forderten „das umgehende behördliche Einschreiten“, „den Entzug der Genehmigung“ und „die Information der Öffentlichkeit“. Die Umweltschützer sehen „Gefahr im Verzug“.

Welche Maßnahmen wird die Landesregierung unternehmen, um die von BUND und NPD schon lange aufgezeigten Missstände in Bezug auf die Ausbringung der Amflora-Kartoffeln unverzüglich abzustellen?

Abgeordneter  
**Birger Lüssow**  
(NPD)

Die Antwort der Landesregierung vom 18.12.2007 auf meine Kleine Anfrage auf Drucksache 5/1093 vom 30.11.2007 enthält eine Auflistung der 2007 den „Regionalzentren für Demokratie und Toleranz“ zugegangenen Landes- und Bundesmittel.

29. Warum erhielten die Zentren bereits für 2007 weitgehend dieselben Fördermittel von Bund und Land, obgleich einige von ihnen Medienangaben zufolge erst Ende 2007 ihre Arbeit aufgenommen haben?
30. Für welche Maßnahmen konkret wurden die Mittelzuwendungen ausgegeben?